

# Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Ercheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den ämtlichen Bekanntmachungen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Nohleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Nohleben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Nohleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 2832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 0.8 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im 2. und 3. Abdruck 0.7 Pf. Anzeigenannahme an weekdays bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtparkasse Nebra — Sparverein Nbrern.

Nr 13

Sonnabend, den 30. Januar 1932.

45. Jahrgang

## Inmoral der Tribute.

Auffeuernde Äußerungen Professor Caffels.

Stoßolm, 29. Januar.

Professor Gustav Caffel erhebt im „Senats Dagbladet“ den Beweis dafür, daß Frankreich und seine Verbündeten das Recht verweigern haben, auf Deutschland irgendwelche Tribute zu fordern. Caffel stellt zunächst den ursächlichen Zusammenhang zwischen Tributen, einseitiger Goldabstrichung, Preisfall und Zusammenbruch des Goldstandards mit der Weltwirtschaftsdepression fest.

Die Verträge Frankreichs, die deutsche Tributfrage und die amerikanische Schuldfrage zusammenzufassen, seien unberechtigt. „Dadurch, daß Frankreich die deutschen Tributabzählungen zur Voraussetzung der Zahlungen an Amerika macht, verleiht Frankreich die Berechtigung Staaten in die unangenehme Lage, die Reparationen einzufordern zu stellen, mit denen Amerika nichts zu tun haben will. Amerika hat hierbei zweifellos das Recht auf seiner Seite.“

Caffel legt dann auseinander, daß die Tributforderungen und die Unmöglichkeit der Forderungsländer, die Deutschland notwendigen Ausfuhrüberschüsse aufzunehmen, Deutschland ungeheuren Schaden zugefügt hätten, so daß die Forderungsländer das Recht zum Empfang der Zahlungen verweigern hätten.

„Wenn die Gläubiger sich eines so großen Mißbrauches ihrer Stellung schuldig machen, daß sie dem Schuldner nicht nur die Zahlung unmöglich machen, sondern ihm darüber hinaus unermesslichen Schaden zufügen, so wird alles Gerade über die Rechtlosigkeit eingegangener Verpflichtungen nachdenklich. Formelle Rechte werden dann vom materiellen Unrecht getrennt, und es bleibt nichts anderes übrig, als einen Streich durch die Paragraphen zu machen, die keine moralische Berechtigung haben.“

Zum Schluß macht Caffel darauf aufmerksam, daß es auf keinen Fall so weitergehen könne wie vorher. Die Verträge, in offenerem Gegensatz zu den wirtschaftlichen Voraussetzungen Zahlungen zu erpressen, müßten zu Maßnahmen führen, die die ganze Rechtsordnung untergraben und damit Weltwirtschaft und Zivilisation auf schwerste gefährdeten. Caffel mahnt vor dieser Entwicklung und schließt mit den Worten: „Man wird, wenn man sich über die Unmöglichkeit der Tributforderungen klar geworden ist, mit großem Gleichmut die verhältnismäßig geringen Opfer ertragen können, die mit der Streichung dieser verurteilten Forderungen verbunden sind.“

## Eine seltsame englische Anregung.

Die Verhandlungen zwischen Frankreich und England über die Tributfrage haben, wie bekannt ist, keine weiteren Fortschritte gemacht, so daß die Aussicht auf eine baldige Zusammenkunft zwischen Kaval und MacDonald in London sehr pessimistisch beurteilt wird. In dem Weltreben, eine Grundlage für eine Reparationskonferenz zu finden, weicht sich der Bild Londons legt wieder nach Berlin in der Hoffnung, von dort eine Meinungsäußerung Brünings über die Zahlungsmöglichkeit Deutschlands in der Zukunft zu erhalten.

Der Gehörfangung ist es etwa der, daß der Zeit der Erklärung Brünings, in dem gesagt wird, daß Deutschland auch in Zukunft zahlen könne, nähererweise nicht erklärt werden könnte. Das könne etwa in dem Sinne geschehen, daß die Auslichten auf Reparationszahlungen sich vielleicht in zehn oder zwanzig Jahren ändern könnten.

Nach englischer Auffassung würde eine Erklärung Brünings zu seiner früheren Erklärung betreffend die Wiederaufnahme von Zahlungen in späterer Zukunft einen praktischen Wert zwar nicht haben, wohl aber würde sie im Hinblick auf die französische Empfindlichkeit das finden einer Formel zur Einberufung einer Reparationskonferenz erleichtern.

## Die „Nein-Front“ der Nation.

Eine Erklärung Duesbergers.

Halle, 29. Januar.

Der zweite Bundesführer des Stahlheims, Oberstleutnant a. D. Duesberger, übergibt der Öffentlichkeit eine Erklärung, in der er heißt:

„Unter der Ueberführung: „Der Mann ohne Rechte“ tritt der „Wälfische Beobachter“ vom 24. 25. Januar meine ähmtlichen Ausführungen zu dem „Nein“ des Reichstanzlers Brünning hinsichtlich weiterer Tributabzählungen. Dabei vertritt der „Wälfische Beobachter“ zu behaupten, ich hätte erklärt, daß wenn Dr. Brünning fest bei seinem „Nein“ in der Frage der Tribute bleibe, das ganze nationale Deutschland sich hinter ihn stellen werde.“

„In Wirklichkeit habe ich erklärt: „Wenn der Reichstanzler das „Nein“ ausspricht, dann würde endlich der erste Schritt zu einer erfolgreichen Außenpolitik getan sein. Hinter dieses Nein würde sich die gesamte Nation stellen müssen.“ Ich habe damit also eine „Nein-Front“ der gesamten Nation gefordert, nicht aber etwa verlangt, daß ich — wie der „Wälfische Beobachter“ es ausfälschlicherweise darzustellen versucht — das ganze Volk hinter die Person des jetzt amtierenden Reichstanzlers stellen sollte.“

Zur Vertretung Deutschlands kam auf der Tributkonferenz nur der augenblickliche Reichstanzler in Betracht, und

dieser hatte sich nach den vorliegenden Meldungen zu einem „Nein“ entschlossen, also zu der Haltung die die nationaler Kreise seit 1918 fordern. Warum Herr Brünning diese Haltung einnahm, steht nicht zur Ausprache, bescheiden ist welcher Partei er angehört.“

Das ist eben der Unterschied zwischen Staats- und Parteipolitik. Wir im Stahlheim, die im Geist der alten Front die manchem Kritiker unermesslichen Taus unbekannt ist, nicht einer Person, nicht einer Partei, sondern zur Deutschland dienen, erlauben uns als alle deutsche Soldaten zu dieser lebenswichtigen Entscheidung in aller Bescheidenheit auch unsere Ansicht zu äußern.“

Ich habe sechs Monate an den Waffenstillstandsverhandlungen in Spa teilgenommen und kam also über diese Dinge etwas an eigener Mischung liegen. Ich weiß, wie die Haltung und der Erfolg einer deutschen Abordnung, die mit übermächtigen Gegnern zu verhandeln hat, meistens abhängig ist von dem sichtbarsten nationalen Lebenswillen des dahinterstehenden Volkes. Wie uns im November 1918 die Stimmung der Massen nicht einen Augenblick abhielt, in alten Preußengeist unsere unüberwindliche Pflicht zu erfüllen so auch heute.“

Behauptungen über nationales Pflichtgefühl, das wir als Franzosen seit 1918 oft genug durch die Tat unter schwersten Opfern an Gut und Blut bewiesen haben, lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab.“

## Offener Brief Hillers an den Kanzler.

Der „Wälfische Beobachter“ veröffentlicht einen umfangreichen offenen Brief Wälf Hillers an den Reichstanzler als Antwort auf dessen Brief an Hiller.

Hiller erklärt, das Volkswort der Präsidentschaftswahl könne nicht durch eine Reichstagsmehrheit erlegt werden.

Die unersetzliche Folge einer parlamentarischen Amtsenthebung wäre eine unüberwindliche Verminderung des Ansehens und des Einflusses eines vom Parlament abhängig gewordenen Reichspräsidenten.

Hiller geht dann auf die politischen Ausführungen des Kanzlers ein und sagt, es ist richtig, daß der Verfallter Vertrag die Vor des deutschen Volkes verurteile. Aber zu dem Verfallter Vertrag wäre es nie gekommen, wenn nicht das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Demokratie das alte Reich ausgehört, zerstückt und vertilgt hätten, wenn sie nicht die Revolution vorbereitet, durchgeführt oder zumindest geduldet hätten. Gegenüber der Behauptung des Kanzlers, daß außenpolitische Erfolge nur zu erzielen seien durch die Geschlossenheit, mit der sich die Nation hinter ihre Unterhändler stellt, fährt Hiller, der Kanzler könne nicht erwidern, daß ein wirklich verantwortungsbewußter Deutscher zu Vorgängen zu und Amen sagen werde, die nach allen menschlichen und geschichtlichen Erfahrungen ein Volk nur in weiteres Unglück führen müßten.

Am Schluß seines Briefes verweist Hiller darauf, daß das Reich den Verfolgungsbescheid gegen den Nationalsozialismus fordere, und sagt weiter: Wenn der Reichstanzler als ein gutes Recht den Glanben in Anspruch nehmen, daß es kein anderes hätte, besser machen könnte, als er, dann dürfe er auch den Nationalsozialisten das Recht nicht verweigern, überzeugt zu sein, daß es keine Regierung hätte schlechter machen können als die seine.

## Brünning erfattet Hindenburg Bericht

Berlin, 28. Januar.

Reichstanzler Dr. Brünning fertete dem Reichspräsidenten einen Bericht ab. Die darüber ausgegebene Mitteilung lautet: „Der Herr Reichspräsident empfing den Reichstanzler Dr. Brünning zum Vortrag über die schwebenden außenpolitischen Fragen.“ In Ergänzung dieser Mitteilung wird von unterschiedlicher Seite noch erklärt, die Gerichte, die von Räcktritschäftigen des Kanzlers wissen wollten, entsprechen nicht den Tatsachen.

## Der Dollarkredit der Reichsbank.

Nur einmonatige Verlängerung des französischen Anteils.

Paris, 29. Januar.

Der Verwaltungsrat der Bank von Frankreich hat beschlossen, den 25-Millionen Dollar-Redistomtkredit der Reichsbank um einen Monat zu verlängern, sofern die B.N.Z. und die übrigen beteiligten Zentralbanken ebenfalls zur Verlängerung ihrer Anteile bereit sind. Die französische Regierung soll dem Rat mitgeteilt haben, daß sie vom politischen Standpunkt aus keinen Grund zu einer von den übrigen Zentralbanken abweichenden Haltung der Bank von Frankreich habe.

## Neues Mitglied des Völkerbundes.

Aufhebung des Irat-Mandats.

Genf, 29. Januar.

Der Völkerbundrat beschloß in öffentlicher Sitzung, einen aus Vertretern der englischen Regierung, der Irat-Regierung sowie den Berichterstattern für die Widerheiten- und Mandatsfragen und das internationale Recht zusammengefügten Ausschuß zu bilden, der auf der Maßnahme, eine Erklärung vorlegen soll, die die Irat-Regierung bei der Aufhebung des Mandats abzugeben hat und die die Verpflichtungen der Irat-Regierung enthält.

Die endgültige Aufhebung des Mandats soll erst nach dem Eintreten des Irat in den Völkerbund erfolgen. Nach diesem Verfahren ist es möglich, daß der Irat bereits am 1. Februar die Besetzung des Rates als selbständiger Staat anerkannt wird.

Der deutsche Vertreter, von Weisfäcker, brückte seine Genehmigung darüber aus, daß in den Bericht ausdrücklich der Schutz der Widerheiten im Irat-Gebiet als besonders von der Regierung übernommene Verpflichtung aufgenommen sei.

## Englands Abrüstungsaberdung

Genf, 29. Januar.

Die englischen Vertreter auf der Abrüstungskonferenz werden sich Ministerpräsident Macdonald, Außenminister Sir John Simon, der Minister für die Kolonien, James Kingsmill, Lord Halifax, Justizminister Lord Londonderry und der Marineminister Cresswell treffen.

## Drummond tritt doch zurück.

Der Völkerbundrat spricht sich gegen Drummond aus.

Genf, 29. Januar.

Das Generalsekretariat des Völkerbundes teilt amtlich mit, daß der Völkerbundrat in einer neuen Besichtigung das Rücktrittsgesuch des Generalsekretärs erörtert hat. Sir Eric Drummond hat erklärt, daß er nicht in der Lage sei, ein Rücktrittsgesuch zurückzusetzen. Die Mitglieder des Völkerbundes haben einstimmig dem Generalsekretär ihr Bedauern über die nunmehr feststehende Entscheidung ausgesprochen. Der Völkerbundrat beschloß, die durch den Rücktritt angeordnete Personalfrage auf die nächste Ratssitzung zu legen.

Das Völkerbundsekretariat veröffentlicht gleichzeitig das Schreiben Sir Eric Drummonds an den Ratspräsidenten, in dem er die Absicht seines Rücktritts mitteilt. Drummond weist darauf hin, daß er seinen Posten jetzt bereits zwölf Jahre lang innehatte. Er habe bereits seit längerer Zeit die Absicht gehabt, zurückzutreten. Drummond erwidert den Rat, seinen Rücktritt innerhalb der ersten sechs Monate des Jahres 1933 nehmen zu können.

An unterrichteten Kreisen besteht der übereinstimmende Eindruck, daß der Rücktritt Drummonds auf die unglücklichen Zusätschen für den Erfolg der Abrüstungskonferenz zurückzuführen ist. Durch den Rücktritt des Generalsekretärs werden jetzt die grundsätzlichen Fragen der politischen Leitung des Völkerbundsekretariats aufgestellt. Der Bundrat in der Regierung bietet sich nunmehr zum ersten Male seit dem Bestehen des Völkerbundes die Gelegenheit, die bisher fehlende Mitwirkung an der politischen Leitung und Verantwortung des Völkerbundsekretariats zu fordern.

## Sozialdemokratische Kundgebung in Berlin.

Die Sozialdemokratische Partei hielt im Sportplatz eine Kundgebung gegen den Faschismus ab, die durch ihre ganze Aufmerksamkeit — Aufmarsch zahlreicher Musikkapellen und Sportvereinigungen, ein Meer roter Fahnen in buntem Schimmer — über den Rahmen städtischer Bevölkerung hinausging. Die gelamten in Berlin weilenden ausländischen Pressevertreter waren besonders eingeladen worden. Auch die Auswahl der Redner zeigte, daß die Partei dieser Veranstaltung besondere Bedeutung beilegte.

Reichstagsabgeordneter Franz Kuhnler betonte, die „Eiserne Front“ werde nicht eher ruhen und rasten, bis die baskenrevolutionäre Gegenrevolution zerfallen sei. Wenn das Jahr 1932 zu Ende gehe, müsse der Nationalsozialismus in Deutschland der Geschichte angehören. Die Reichstagsabgeordnete Frau Marie Suchacz bezeichnete die faschistische Bewegung als die Bewegung der Ideologien. Der Generalsekretär der französischen sozialistischen Partei, Paul Faure, verführerte, daß die französische Sozialdemokratie mit Leidenschaft und Sorge den Kampf der deutschen Sozialisten verfolge. Er sei sicher, daß die „Eiserne Front“ den Kampf gegen den Faschismus gewinnen werde. Der Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland würde das größte Verhängnis für ganz Europa sein. Der ehemalige Reichstagsabgeordnete der „Wälfische Front“, Hebrunn, sprach über die Entwicklung des Faschismus in Italien. Das Scheitern des deutschen Protektors sei aufstrebend für die Lage des italienischen Protektors. Wenn der deutsche Faschismus triumphiere, würde es zu Ende sein mit der Freiheit Europas. Reichstagsabgeordneter Löhne führte in seiner Rede aus, das deutsche Protektariat werde gemeinsam mit dem französischen jeden Widerstand leisten, der die Arbeiter in neue Abenteuer führen wolle. Hiller habe vor der Industrie zum Appell antreten müssen und seine Anweisungen empfangen, wie er den Sozialismus aufzufassen und Arbeitertätigkeit zu treiben habe. Die Hammerfälscher der Gewerkschaften fürchteten sich nicht vor den S.I.-Garden, sondern ergebe der Ruf: Sie sollen nur kommen, je eher desto besser, wir sind bereit, sie zu empfangen.

## Japan besetzt Shanghai.

Landungsgruppen im Chinesenquartier. — Fort Wujiang unter japanischer Feuer.

London, 29. Januar.

Japanische Truppen haben am Donnerstag die Chinesenquartier von Shanghai besetzt. Wie weiter verläuft, hat















# Neuberger Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Hofleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Bauereiche Buchdruckerei, Hofleben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weg, Markt 24/25.  
Fernsprecher: Amt Hofleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restmetzeil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtparlasse Nebra — Bankverein Witten.

Nr 13

Sonnabend, den 30. Januar 1932.

45. Jahrgang

## Inmoral der Tribute.

Auffsehenregende Äußerungen Professor Cassels.  
Stockholm, 29. Januar.

Professor Gustav Cassel erbringt im „Svenska Dagbladet“ den Beweis dafür, daß Frankreich und seine Verbündeten das Recht verneint haben, von Deutschland irgendwelche Tribute zu fordern. Cassel stellt zunächst die unläugliche Zusammenhänge zwischen Tributen, einseitiger Goldanhäufung, Preisfall und Zusammenbruch des Goldstandards mit der Weltwirtschaftskrisis fest.

Die Verträge Frankreichs, die deutsche Tributfrage und die amerikanischen Schuldentragungsprobleme seien unübersehbar. „Daher, daß Frankreich die deutschen Tributzahlungen zur Voraussetzung der Zahlungen an Amerika macht, verletzt Frankreich die Vereinigten Staaten in die unangenehme Lage, die Reparationen einfordern zu müssen, mit denen Amerika nichts zu tun haben will. Amerika hat hierbei zweifellos das Recht auf seiner Seite.“

Cassel legt dann auseinander, daß die Tributforderungen und die Unmöglichkeit der Forderungsländer, die deutschen notwendigen Zuschußbeiträge aufzunehmen, Deutschland ungeheuren Schaden zugefügt hätten, daß die Forderungsländer das Recht zum Empfang der Zahlungen verneint hätten.

„Wenn die Gläubiger sich eines so großen Mißbrauches ihrer Stellung schuldig machen, daß sie dem Schuldner nicht nur die Zahlung unmöglich machen, sondern ihm darüber hinaus unermesslichen Schaden zufügen, so wird alles Gerede über die Heiligkeit eingezagener Verpflichtungen nutzlos. Formales Recht wird dann von materiellem Unrecht zerbrochen, und es bleibt nichts anderes übrig, als einen Stroh durch die Paragraphen zu machen, die seine moralische Berechtigung haben.“

Zum Schluß macht Cassel darauf aufmerksam, daß es auf keinen Fall zu weiteren Forderungen wie vorher. Die Verträge, in offenbarem Gegensatz zu den wirtschaftlichen Zusammenhängungen Zahlungen zu erwarten, müßten zu Maßnahmen führen, die die ganze Rechtsordnung untergraben und damit Weltwirtschaft und Zivilisation aufs schwerste gefährden. Cassel warnt vor dieser Entwicklung und schließt mit den Worten: „Man wird, wenn man sich über die Unmöglichkeit der Tributforderungen klar geworden ist, mit großem Gleichmut die verhältnismäßig geringen Opfer ertragen können, die mit der Streichung dieser verurteilten Forderungen verbunden sind.“

## Eine seltsame englische Anregung.

Die Verhandlungen zwischen Frankreich und England über die Tributfrage haben wie bekannt, keine weiteren Fortschritte gemacht, so daß die Aussicht auf eine baldige Zusammenkunft zwischen Bural und MacDonald in London sehr pessimistisch beurteilt wird. In dem Bestreben, eine Wendelage für eine Reparationskonferenz zu finden, wendet sich der Vize-König jetzt wieder nach Berlin in dem Sinne, von dort eine Meinungsäußerung Brünings über die Zahlungsmöglichkeit Deutschlands in der Zukunft zu erhalten.

Der Gehörseingang ist etwa der, daß der Teil der Erklärung Brünings, in dem gesagt wird, daß Deutschland auch in Zukunft nicht zahlen könne, möglicherweise abgeändert werden könnte. Das könnte etwas in dem Sinne geschehen, daß die Ausschüßten auf Reparationszahlungen sich vielleicht in zehn oder zwanzig Jahren ändern könnten.

Nach englischer Auffassung würde eine Erklärung Brünings zu seiner früheren Erklärung betreffend die Wiederaufnahme von Zahlungen in späterer Zukunft einen politischen Wert zwar nicht haben, wohl aber würde sie im Hinblick auf die französische Empfindlichkeit das Hindernis einer Formel zur Einberufung einer Reparationskonferenz erleichtern.

## Die „Rein-Front“ der Nation.

Eine Erklärung Duesenbergs.

Halle, 29. Januar.  
Der zweite Bundesführer des Stahlheilm, Oberstleutnant a. D. Duesenberg, übergibt der Öffentlichkeit eine Erklärung, in der er heißt:

„Unter der Ueberführung: „Der Mann ohne Rechte“ tritt die „Rein-Front“ der Nation“ vom 24./25. Januar meine zunehmenden Ausführungen zu dem „Rein“ des Reichskanzlers Brünings hinsichtlich weiterer Tributzahlungen. Dabei verliert der „Rein-Front“ zu behaupten, ich hätte erklärt, daß wenn Dr. Brüning fest bei seinem „Rein“ in der Frage der Tribute bleibe, das ganze nationale Deutschland sich hinter ihn stellen werde.“

„In Wirklichkeit habe ich erklärt: „Wenn der Reichskanzler das „Rein“ auspricht, dann würde endlich der erste Schritt zu einer erfolgreichen Außenpolitik getan sein. Hinter dieses Rein würde sich die gesamte Nation stellen müssen.“ Ich habe damit also eine „Rein-Front“ der gesamten Nation gefordert, nicht aber etwa verlangt, daß sich — wie der „Rein-Front“ es aufzufassen versucht — ausschließlich der Reichskanzler stellen solle.

Zur Vertretung Deutschlands kam auf der Tributkonferenz nur der augenblickliche Reichskanzler in Betracht, mit

demer hatte sich nach den vorliegenden Meldungen zu einem „Rein“ entschlossen, also zu der Haltung die die nationale Freie seit 1918 fordert. Warum Herr Brüning diese Haltung einnahm, steht nicht zur Ausprache, desgleichen nicht welcher Partei er angehört.

Das ist eben der Unterschied zwischen Staats- und Parteipolitik. Wie im Stahlheilm, die im Geist der alten Front die moralischen Grundsätze unseres Staats umfassen ist, nicht einer Partei, nicht einer Partei, sondern dem Deutschland dienen, erlauben uns als alte deutsche Soldaten zu dieser lebenswichtigen Entscheidungen in aller Bescheidenheit auch unsere Ansicht zu äußern.

Ich habe sechs Monate an den Waffenstillstandsverhandlungen in Spa teilgenommen und kann also über diese Dinge etwas aus eigener Anschauung sagen. Ich weiß, wie die Haltung und der Erfolg einer deutschen Abordnung, die mit übermächtigen Gegnern zu verhandeln hat, wesentlich abhängig ist von dem herrschenden nationalen Bewusstsein der dahinterstehenden Völker. Wie uns im November 1918 die Stimmung der Massen nicht einen Augenblick abhielt, im alten Preußengeist unsere vaterländische Pflicht zu erfüllen, so auch heute.

Belehnungen über nationales Pflichtgefühl, das wir als Frontsoldaten seit 1914 oft genug durch die Tat unter schwersten Opfern an Gut und Blut bewiesen haben, lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab.“

## Offener Brief Hillers an den Kanzler.

Der „Völkische Beobachter“ veröffentlicht einen umfangreichen offenen Brief Adolf Hillers an den Reichskanzler als Antwort auf dessen Brief an Hiller.

Hiller erklärt, das Volkswort der Präsidentschaftswahl könne nicht durch eine Reichstagsmehrheit ersetzt werden. Die unaussprechliche Folge einer parlamentarischen Amtsinhaberlängerung wäre eine unübersehbare Verarmung des Volkes und des Einzelnen eines vom Parlament abhängig gewordenen Reichspräsidenten. Hiller geht dann auf die politischen Ausführungen des Kanzlers ein und sagt, es sei richtig, daß der Verfall der Vertrag die Not des deutschen Volkes verurteile. Aber zu dem Verfall der Vertrag wäre es nie gekommen, wenn nicht das Zentrum, die Sozialdemokratie und die Demokratie das Reich ausgeschützt, zerlegt und verrotten hätten, wenn sie nicht die Resolution vorbrachten, durchzuführen oder zumindest gebek hätten. Gegenüber der Behauptung des Kanzlers, daß außenpolitische Erfolge nur zu erzielen seien durch die Geschlossenheit, mit der sich die Nation hinter ihre Unterhändler stellt, schreibt Hiller, der Kanzler könne nicht erwarten, daß ein wirklich verantwortungsbewußter Deutscher zu Vorgängen „Ja und Amen“ sagen werde, die nach allen menschlichen und geistlichen Erfahrungen ein Volk nur in weiteres Unglück stürzen müßten.

Am Schluß seines Briefes verweist Hiller darauf, daß das Reich den Verfolgungsweg gegen den Nationalsozialismus fördere, und sagt weiter: Wenn der Reichskanzler als sein gutes Recht den Glauben in Anspruch nehme, daß es kein anderer hätte besser machen können als er, dann dürfe er auch den Nationen mitteilen, das Reich nicht verlassen, überzeugt zu sein, daß es keine Regierung hätte schlechter machen können als die seine.

## Brünning erfattet Hindenburg Bericht

Berlin, 28. Januar.

Reichskanzler Dr. Brüning stellte dem Reichspräsidenten einen Bericht ab. Die darüber ausgegebene Mitteilung lautet: „Der Herr Reichspräsident empfing den Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag über die schwebenden außenpolitischen Fragen.“ In Ergänzung dieser Mitteilung wird von unrichtiger Seite noch erklärt, die Gerüchte, die vom Rücktrittswillens des Kanzlers riefen wollten, entsprächen nicht den Tatsachen.

## Der Dollarakt der Reichsbank.

Nur einmonatige Verlängerung des französischen Anteils.  
Paris, 29. Januar.

Der Verwaltungsrat der Bank von Frankreich hat beschlossen, den 25-Millionen Dollar-Reichsdollarkredit der Reichsbank um einen Monat zu verlängern, sofern die B33 und die übrigen beteiligten Zentralbanken ebenfalls zur Verlängerung ihrer Anteile bereit sind. Die französische Regierung soll dem Rat mitgeteilt haben, daß sie von politischen Standpunkt aus keinen Grund zu einer von den übrigen Zentralbanken abweichenden Haltung der Bank von Frankreich sehe.

## Neues Mitglied des Völkerbundes.

Aufhebung des Trakt-Mandats.  
Genf, 29. Januar.

Der Völkerbundrat beschloß in öffentlicher Sitzung, einen aus Vertretern der englischen Regierung, der Trakt-Regierung sowie den Berichterstattern für die Mitgliederfrage und Mandatsfragen und das internationale Recht zusammengefügten Ausschuß zu bilden, der auf der Montagtag, eine Erklärung vorlegen soll, die die Trakt-Regierung bei der Aufhebung des Mandats abzugeben hat und die die Verpflichtungen der Trakt-Regierung enthält.

Die endgültige Aufhebung des Mandats soll erst nach dem Eintreten des Trakt in den Völkerbund erfolgen. Nach diesem Verfahren ist es möglich, daß der Trakt bereits am 1. Septemberversammlung des Rates als selbständiger Staat anerkannt wird.

Der deutsche Vertreter, von Weisiger, brachte seine Bemerkung darüber aus, daß in den Bericht ausdrücklich der Schutz der Minderheiten im Trakt-Gebiet als besonders von der Regierung übernommene Verpflichtung aufgenommen sei.

## Englands Abrüstungsabordnung

Genf, 29. Januar.

Die englischen Vertreter auf der Konferenz zur Abrüstung werden sein: Ministerpräsident MacDonald, Außenminister Sir John Simon, der Minister für die Provinzen, Kriegsminister Lord Haldane, Luftminister Lord Curzon, der und der Marineminister Churchill.

## Drummond tritt doch zurück.

Der Völkerbundrat spricht sein Bedauern aus.  
Genf, 29. Januar.

Das Generalsekretariat des Völkerbundes teilt mit, daß der Völkerbundrat in einer neuen Schirmung das Rücktrittsgesuch des Generalsekretärs erörtert hat. Sir Eric Drummond hat erklärt, daß er nicht in der Lage sei, sein Rücktrittsgesuch zurückzuziehen. Die Mitglieder des Völkerbundes haben einstimmig dem Generalsekretär ihr Bedauern über die nunmehr feststehende Entlassung ausgesprochen. Der Völkerbundrat beschloß, die durch den Rücktritt angefallene Personalfrage auf die nächste Ratstagung zu legen.

Das Völkerbundsekretariat veröffentlicht gleichzeitig das Schreiben Sir Eric Drummonds an den Rat, in dem er die Absicht seines Rücktritts mitteilt. Drummond weist darauf hin, daß er seinen Posten jetzt bereits zwölf Jahre lang innehatte. Er habe bereits seit längerer Zeit die Absicht gehabt, zurückzutreten. Drummond erwidert dem Rat, seinen Rücktritt innerhalb der ersten sechs Monate des Jahres 1933 nehmen zu können.

In unterzeichneten Briefen beschloß der überleitende Einbruch, daß der Rücktritt Drummonds auf die wichtigsten Zuständen für den Erfolg der Abrüstungskonferenz zurückzuführen ist. Durch den Rücktritt des Generalsekretärs werden jetzt die grundlegenden Fragen der politischen Leitung des Völkerbundsekretariats aufgerollt. Der Völkerbundrat wird sich nunmehr zum ersten Male mit dem Wesen des Völkerbundes und der Möglichkeit, die bisher fehlende Mitarbeit an der politischen Leitung und Verantwortung des Völkerbundsekretariats zu fördern.

g in Berlin.  
im Sportplatz  
ab, die  
reicher Müste  
er roter Fahner  
haben ähnliche  
in Berlin sein  
s besonders ein  
ebener zeigte, daß  
Bedeutung bei

er betonte, die  
nd raten, bis die  
gen ist. Wenn  
Nationalsozialismus.  
Die Reichstags-  
schneide die schick-  
benötigt. Der  
hen Partei, Paul  
Sozialdemokrati,  
deutschen Sozial-  
erne Front“ ben  
würde. Der Sieg  
das größte  
hematische Redat-  
an i, sprach über:  
in. Das Schicksal  
nd für die deut-  
deutsche Reichs-  
mit der Freiheit  
Europas. Reichspräsident Eöbe führte in seiner Rede  
u. a. aus, das deutsche Proletariat werde gemeinsam mit dem französischen leben überland stellen, der Völker-  
in neue Abenteurer führen wolle. Hiller habe vor der An-  
dustrie zum Gipfel antreten müssen und seine Anströmungen  
empfangen, wie er den Sozialismus aufzugeben und Arbeit-  
politik zu treiben habe. Die Hammerhaken der Gemert-  
schaffen fürsteten sich nicht vor den SA-Garden, sondern  
es ergebe der Ruf: Sie sollen nur kommen, je aber desto  
besser; wir sind bereit, sie zu empfangen.

## Japan befiehlt Shanghai.

Landungstruppen im Chinesenviertel. — Fort Wujiang unter japanischer Feuer.

London, 29. Januar.

Japanische Truppen haben am Donnerstag die Chinesenviertel von Shanghai besetzt. Wie weiter verläuft, ha-